



HESSISCHER LANDTAG

07. 09. 2021

Kleine Anfrage

Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE) vom 23.07.2021

Pressebesuche in hessischen Justizvollzugsanstalten

und

Antwort

Ministerin der Justiz

Die Kleine Anfrage beantworte ich wie folgt:

Frage 1. Welche gesetzlichen Grundlagen gibt es für den Besuch von Journalistinnen und Journalisten in Justizvollzugsanstalten?

Zur Wahrung vollzuglicher Zwecke gelten für den Besuch von Strafgefangenen die §§ 33, 34 des Hessischen Strafvollzugsgesetzes (HStVollzG), für den Besuch von Untersuchungsgefangenen die §§ 25, 26 des Hessischen Untersuchungshaftvollzugsgesetzes (HUVollzG), für den Besuch von jungen Strafgefangenen die §§ 32, 33 des Hessischen Jugendstrafvollzugsgesetzes (HessJStVollzG) und für den Besuch von Sicherungsverwahrten die §§ 33, 34 des Hessischen Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetzes (HSVVollzG).

Zudem können bei Untersuchungsgefangenen haftgrundbezogene Beschränkungen nach § 119 StPO zur Wahrung strafverfahrenssichernder Zwecke angeordnet werden.

Frage 2. Welche Bescheidungsmöglichkeiten gibt es auf einen Antrag einer Journalistin oder eines Journalisten (positiv, negativ, möglicherweise mit Beschränkungen und Auflagen)?

Alle in der Fragestellung genannten Bescheidungsmöglichkeiten bestehen im Rahmen der einschlägigen gesetzlichen Regelungen.

Frage 3. Wer trifft die Entscheidung über den Besuch von Journalistinnen und Journalisten bei Gefangenen und mögliche Auflagen?

Zuständig im Rahmen der Entscheidungen aufgrund der hessischen Justizvollzugsgesetze für die Entscheidung über den Besuch von Journalistinnen und Journalisten bei Gefangenen und mögliche Auflagen ist grundsätzlich die Anstaltsleitung, § 52 Nr. 3.1 HVV.

Hinsichtlich der Entscheidungen im Rahmen der Untersuchungshaft aufgrund von § 119 StPO entscheidet grundsätzlich das Gericht.

Frage 4. Welche Rechtsmittel können Gefangene, Freunde/Familie oder Journalistinnen und Journalisten gegen negative Entscheidungen zum Besuch oder gegen Auflagen bezüglich eines Besuchs bei Gefangenen einlegen?

Gegen Maßnahmen auf dem Gebiet des Strafvollzuges kann eine gerichtliche Entscheidung bei der Strafvollstreckungskammer des zuständigen Landgerichts beantragt werden (§ 83 Nr. 3 HStVollzG i.V.m. §§ 109 ff. Strafvollzugsgesetz (StVollzG) bzw. § 78 Nr. 3 HSVVollzG i.V.m. den §§ 109 ff. StVollzG bzw. 92 Abs. 1 Jugendgerichtsgesetz i.V.m. den §§ 109 und 111 bis 120 Abs. 1 StVollzG). Im Rahmen von Untersuchungshaft kann gegen Maßnahmen der Vollzugsbehörde insbesondere Antrag auf gerichtliche Entscheidung nach § 119a Abs. 1 S. 1 Strafprozessordnung (StPO) gestellt werden. Die Antragsberechtigung ist nicht auf die inhaftierten Personen beschränkt, sondern gilt auch für Besucher, sofern sie durch die Maßnahme beschwert sind.

Gegen Maßnahmen nach § 119 StPO kann Antrag auf gerichtliche Entscheidung nach § 119 Abs. 5, 6 StPO gestellt werden, sofern nicht das Rechtsmittel der Beschwerde statthaft ist. Auch hier ist die Antragsberechtigung nicht auf die inhaftierten Personen beschränkt, sondern sie gilt ebenfalls für Besucher, sofern sie durch die Maßnahme beschwert sind.

- Frage 5. Inwiefern ist es nach Meinung der Landesregierung mit der Pressefreiheit in Einklang zu bringen, wenn Besuche von Journalistinnen und Journalisten bei der Aktivistin genannt „Ella“ bzw. „UWP 1“ (Unbekannte weibliche Person) oder anderen Gefangenen Beschränkungen und Auflagen, wie beispielsweise der ständigen Anwesenheit einer Beamtin oder eines Beamten, unterliegen?

Die Pressefreiheit gilt nach Art. 5 Abs. 2 des Grundgesetzes (GG) nicht unbegrenzt, sondern findet ihre Schranken unter anderem in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze. Die unter Frage 1 dargestellten gesetzlichen Grundlagen regeln den Besuch in Justizvollzugsanstalten und sind allgemeine Gesetze im Sinne des Art. 5 Abs. 2 GG. Diese Gesetze dienen der Sicherung des Strafverfahrens im Falle der Strafprozessordnung bzw. der Sicherung der vollzuglichen Zwecke im Falle des Strafvollzugsgesetzes.

- Frage 6. Da es offenbar möglich ist, dass bei Pressebesuchen in einer JVA „überwachte Gespräche“ stattfinden: Wie will die Landesregierung künftig gewährleisten, dass Journalistinnen und Journalisten bei Recherchen im Strafvollzug nicht gegen den Pressekodex des Deutschen Presserates (Nr. 5) verstoßen müssen, der sie zur Einhaltung ihres Berufsgeheimnisses anhält?

Die Einhaltung ihres berufsethischen Standards ist den Journalistinnen und Journalisten in dieser Situation ebenso unbenommen wie in jeder anderen Situation, in der ein Gespräch bewusst in der Anwesenheit anderer Personen geführt wird.

Wiesbaden, 7. September 2021

Eva Kühne-Hörmann